

Der Weltmarkt für Information und Kommunikation : von der "Informationsordnung" zur globalen "Wissensindustrie" auf Kosten der Dritten Welt

Autor(en): **Becker, Jörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **14 (1994)**

Heft 28

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Weltmarkt für Information und Kommunikation

Von der “Informationsordnung” zur globalen “Wissensindustrie” auf Kosten der Dritten Welt

“Free Flow of Information” hiess in den 70er und 80er Jahren die politische Formel auf der einen Seite der hitzigen internationalen Debatte um Medienpolitik, eine “Neue Internationale Informationspolitik” forderten dagegen die Länder der Dritten Welt. Einen Kompromiss zwischen beiden Positionen stellte die Massenmediendeklaration der UNESCO von 1978 dar; hier tauchte die Formel des “free and balanced flow of information” auf. Gibt es im internationalen Kontext Beziehungen zwischen völlig ungleichen Partnern, dann können diese nicht nur durch das Marktprinzip (“free”) geregelt, ihr müssen auch andere Prinzipien (“balanced”) zugeordnet werden (Diplomatie, Entwicklungshilfe, spezielle Übergangs- und Schutzklauseln für die Dritte Welt, übernationale UN-Gremien usw.). Konnte die Formel des “free and balanced flow of information” damals zumindest ein bisschen vom Lack einer globalen Marktwirtschaft im Bereich der Massenmedien abkratzen, so werden solche “Kratzer” heute kaum noch diskutiert, obwohl Privatisierung und Kommerzialisierung der Massenmedien seit diesen Debatten an Intensität gewonnen haben.

Der 1976 von der UNESCO vorgeschlagene Weltbericht über Kommunikation, die Massenmediendeklaration dieser UN-Unterorganisation von 1978 und der dann als sog. MacBride-Bericht 1980 veröffentlichte Weltreport über “Kommunikation und Gesellschaft – heute und morgen“ wiesen aber bereits damals ein analytisches Defizit auf, das dann bewusst wird, führt man sich folgendes Beispiel vor Augen: Als der MacBride-Bericht publiziert wurde, verarbeitete die American Express Corporation bereits jährlich mehr als 310 Mio. Kreditkartentransaktionen. Bei VISA und Mastercard waren es damals zusätzliche 360 Mio. Solche Volumen bedeuten, dass täglich weltweit Daten für 250'000 Transaktionen übermittelt werden mussten. Die Zugriffszeiten auf die Rechner der hierfür benutzten Netze betragen weniger als fünf Sekunden. Über sechs Telekommunikationsnetze wurden hierbei weltweit 70 Grossrechner, 17'000 Terminals und 5'700 Point of Sale-Verkaufssysteme miteinander verbunden. Weitere 30'000 externe Terminals in Flughäfen, Hotels und Kaufhäusern ergänzten dieses globale Netz, dessen Betriebskosten auf mehr als 400 Mio. US-Dollars jährlich geschätzt wurden.

Mit anderen Worten: Ging es bei der UNESCO-Debatte um eine „Neue Internationale Informationsordnung“ primär um Pressepolitik, so hätte es bereits damals primär um die globalen Implikationen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gehen müssen. Die damalige Debatte war auf allen Seiten zutiefst verlogen, so als gäbe es beispielsweise in den

westlichen Demokratien keinerlei massive staatliche Verquickung mit der als frei apostrophierten Presse, als gäbe es nicht auch Staatsterror gegen kritischen Journalismus in der Dritten Welt. Schliesslich, und das war das entscheidende Defizit, mangelte es der damaligen UNESCO-Debatte an einer strukturellen Sicht der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen von internationaler Kommunikation. Genau diese Sicht hätte aber bereits damals auf die völlig unzureichende Auseinandersetzung mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien abheben müssen. Die beiden lateinamerikanischen Vertreter in der MacBride-Kommission erkannten diese Mängel schon damals und hielten in einem "dissenting vote" im Anhang fest, dass der Bericht zu einer Glorifizierung von Technik neige, dass politische und gesellschaftliche Fragen Vorrang vor Fragen der Technik haben müssen.

Hegemoniale Strategien im Hinblick auf internationale Kommunikationspolitik

Mit dem Argument, die UNESCO unterstütze staatliche Pressezensur, traten die USA (später auch Grossbritannien und Singapur) zum Jahresende 1984 aus dieser UN-Organisation aus. Dass die USA der UNESCO den Rücken kehrten, ist unterschiedlich zu werten: Der Austritt der USA dokumentiert die relative Unwichtigkeit dieser Organisation (deren Budget, im übrigen, dem der Kölner Universität abzüglich des Klinikums entspricht). Allein die USA verfügten damals bereits über eine alle Ministerien übergreifende Strategie auf nationaler Ebene für eine internationale Kommunikationspolitik. Nur in den USA sah man damals, dass das "Kulturgeschwätz" in der UNESCO den drängenden politisch-ökonomischen internationalen Problemen nicht gerecht wird. Und auf den ersten Blick war diese Kritik gerechtfertigt. Der Austritt steht aber auch für eine weltweite sozialpsychologische Verunsicherung der USA als Hegemon der Nachkriegspolitik, die sich traditionell in den USA zuerst an ihrem Verhältnis zur UN und deren Aufgaben festmachen lässt.

Der UNESCO-Austritt der USA 1984 muss dann auch im Kontext grösserer Zusammenhänge interpretiert werden. Sie alle hängen mit neuartigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zusammen.

● Eine Internationalisierung der Kommunikationsindustrie war und ist dieser Branche historisch zwar stets und besonders eigen gewesen, doch wurde die Internationalisierung gerade von Telekommunikationsmärkten für die USA Anfang der achtziger Jahre in dem Augenblick zu einer Bedrohung, als die Investitionen der amerikanischen Telekommunikationsindustrie in neue Technologien (Digitalisierung) nicht mehr allein durch den einheimischen Markt amortisiert werden konnten. Zum ersten Mal wurde in einem Teilbereich der Kommunikationsindustrie in den USA der Auslandsmarkt überlebenswichtig, er war nicht mehr nur ein attraktives Zubrot.

● In den USA wurde der sog. Deregulierungsprozess in der Kommunikationsindustrie beschleunigt; zum Beispiel 1982 das Splitting von AT&T, was zu folgenden Konsequenzen führte: AT&T durfte sich international betätigen, IBM durfte in den Markt des Fernmeldewesens eintreten. Der Eintritt der datenverarbeitenden Industrie in das Feld der Telekommunikation zeigt aber auch, wie falsch der Begriff "Deregulierung" ist. Mit dem Einzug dieser Branche in die Kommunikationsindustrie hat sich lediglich die alte Diade Staat-Fernmeldeindustrie in eine Triade verwandelt. Re-regulierung in internationaler Absicht mit stark zunehmender staatlicher Industriepolitik heisst das Spiel, was fälschlicherweise als Deregulierung des Fernmeldewesens diskutiert wird.

● Einer Privatisierung und Kommerzialisierung des Gutes Information stand stets die geringe Stapelfähigkeit dieser Ware im Wege. Die technischen Entwicklungen im Rechnerwesen (und die sie begleitende Euphorie Anfang der achtziger Jahre in den USA) boten hier eine Problemlösung an. Bei der sich generell verschlechternden Aussenhandelsbilanz der USA setzte auch hier eine vehement auf Exportmärkte ausgerichtete Strategie ein. Diese kann aber nur privatwirtschaftlich verfasst sein, will sie die ihr binnen-ökonomisch für die USA zgedachte Funktion erfüllen.

● Bilaterale Politikstrategien waren und sind den USA stets ein wichtigeres Politikmittel gewesen als international verfasste Vorgehensweisen. Deswegen das generelle amerikanische Misstrauen gegen bindendes Völkerrecht (die USA haben die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 nie ratifiziert), gegen die UN (Austritt oder Austrittsdrohungen aus der UNESCO, ITU, UNCTAD, Weltbanktochter IDA) oder gegen Völkerrechtsbestimmungen (Boycott der UN-Seerechtskonvention, Missachtung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag im Konflikt mit Nicaragua, rechtswidrige Stornierung der Beitragszahlungen an die UN, militärischer Angriff auf Libyen usw.). Auch in der Informationsindustrie markierte der UNESCO-Austritt der USA eine Strategie des Bilateralismus in multilateraler Absicht. Der mit Kanada und Mexiko vereinbarte Freihandelspakt NAFTA, der auf kanadischer Seite ganz wesentlich im Kontext einer unabhängigen kanadischen Informationsindustrie (Film, audiovisuelle Medien, Telekommunikation, Datenverarbeitung) diskutiert wurde, war als Vorspiel für entsprechende Abmachungen in der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen gedacht, die dann allerdings 1993 von Frankreich zu Fall gebracht wurden.

● Der UNESCO-Austritt der USA steht schliesslich für eine sektorale Strategie, die a) generelle Debatten wie in der UNESCO vermeiden will, sich b) deswegen technischen Spezialorganisationen zuwendet (Internationale Fernmeldeunion – ITU oder Weltorganisation für geistiges Eigentum – WIPO), sich c) der Unterstützung durch multilaterale Organisationen mit geringer Dritte-Welt-Repräsentanz ausserhalb der UN (GATT und OECD) versichert und sich d) einzelne Länder als "böse Buben" herauspickt und mit den Mitteln von Exportbeschränkungen "bestraft" (Brasilien und Indien in der Informationsindustrie, südostasiatische Länder in Fragen des Copyrights).

Deregulierung des Weltfernmeldemarktes auf Kosten der Dritten Welt

Die Weltmärkte der Telekommunikation und der Informationstechnologien müssen zusammen betrachtet werden, da die Funktionen der Informationsübertragung (Telekommunikation) und die der Datenverarbeitung technisch konvergieren. Beide Märkte sind erstens enorm gross (Weltmarkt Telekommunikation 1991: 400 Mrd. US-Dollar; Weltmarkt Datenverarbeitung – ohne Software – 1990: 230 Mrd. US-Dollar) und weisen zweitens zweistellige jährliche Steigerungsraten auf: Der Weltmarkt der Telekommunikation wird bereits Ende der 90er Jahre grösser als der Automobilmarkt sein. Drittens arbeiten sie mit Produkten, deren Innovationszyklen rapide sinken, und viertens stehen sie seit langem im Mittelpunkt konkurrierender Handels-, Wettbewerbs-, Industrie- und Forschungspolitik der Triade USA-Japan-EG.

Bedenkt man, dass rund 50 Prozent des Weltmarktvolumens der Telekommunikation in den Händen öffentlicher Postverwaltungen liegt, dann wird ausserdem klar, dass es bei den heftigen Kämpfen um Weltmarktanteile nicht nur um privatwirtschaftliche Konkurrenz geht, sondern auch um *Verteilungskonflikte* zwischen Volkswirtschaften. Auch wenn bei allen Verteilungsstatistiken die Regionen Osteuropa und Dritte Welt stets nur unter die Restkategorie “Sonstige” fallen, sind deren Märkte, besonders die der Telekommunikation, aus folgenden Gründen von zentraler Bedeutung. Erstens waren die Investitionskosten nur weniger Telekommunikationsgeräte- und Netzhersteller (ITT, Ericsson, Alcatel, Northern Telecom, GEC/Plessey/BT, Siemens, Western Electric) in neue Digitaltechniken derart hoch, dass ihre Amortisierung nur über den Weltmarkt inklusive der armen Länder erreichbar ist. Zweitens amortisieren sich Fernmeldenetze nur über lange Zeit, grosse Anschlussdichten und grosse Reichweiten. Auch deswegen gibt es einen harten Kampf der nördlichen Hersteller und der jeweiligen nationalen Postverwaltungen um auch den scheinbar kleinsten Fernmeldemarkt in einem Land der Dritten Welt.

Die Funkfrequenzverteilungskonferenz WARC-92 der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) vom 3.2.-3.3. 1992 in Malaga, Spanien, hat die Position der Entwicklungsländer im Fernmeldewesen nicht verbessert, da der grundlegende Konflikt zwischen ihnen als Abnehmer von telekommunikativen Dienstleistungen und den nördlichen Industrieländern als Hersteller von Geräten und Netzen in keiner Form aufgelöst wurde. Unbefriedigend im Sinne der Dritten Welt blieb auf dieser Konferenz auch die Lösung des Souveränitätsproblems. Wie bei der Satellitentechnologie, bei der sich die Dritte Welt seit Ende der 60er Jahre vergeblich für das Prinzip der vorherigen Zustimmung beim Einstrahlen von fremden Satellitensignalen in das eigene Land einsetzt, kommt diese Problematik beim Mobilfunk über nicht-geostationäre Satelliten auf die Dritte Welt erneut zu. Mit den Beschlüssen der WARC-92 müssen es sich die Länder der Dritten Welt gefallen lassen, dass private Netzbetreiber der Industrieländer ihre souveränen Territorien “bestrahlen”, um damit z.B. als restriktiv empfundene ordnungspolitische Setzungen der eigenen staatlichen Fernmeldeverwal-

tung lukrativ umgehen zu können.

Als Verhandlungsgegenstand des Dienstleistungssektors sind Telekommunikation und audio-visuelle Medien im "General Agreement on Trade in Services" (GATS) und Urheberrechte als "Trade-related Intellectual Property Rights" (TRIPs) Teil der seit 1986 laufenden Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Die von den Industrieländern betriebene Ordnungspolitik einer Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der Fernmeldemärkte schlägt sich sowohl im Entwurf für das Abschlussdokument der GATT-Uruguay-Runde als auch in den Beschlüssen der WARC-92 der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) nieder. Die politische Umsetzung dieser Ordnungspolitik wird die ungleiche Entwicklung zwischen schnell anwachsenden High-Tech-Wohlstandsinseln und verarmenden Fernmelderegionen in der Dritten Welt beschleunigen.

Dass der gesamte Dienstleistungssektor im Rahmen der GATT-Verhandlungen mit dem der Arbeitsemigration von Süd nach Nord verknüpft ist, betont der 1990 veröffentlichte Bericht der Süd-Kommission. Polemisch heisst es dort: "Wandern Personen von Nord nach Süd, um dem Konsumenten Produkte oder Dienstleistungen zu verkaufen, dann nennt man das 'Handel mit Dienstleistungen'. Wenn aber Personen aus dem Süden in den Norden wollen, dann nennt man das 'Einwanderung'". Entsprechend liberal sind daher im Vertragswerk der North American Free Trade Association (NAFTA) von 1992 die entsprechenden Bestimmungen über Telekommunikation und audio-visuelle Medien, entsprechend restriktiv die Bestimmungen über die Einwanderung mexikanischer Arbeiter in die USA.

Von den Massenmedien zur „Wissensindustrie“ – aktuelle Trends

In der Beschäftigung mit internationaler Kommunikationspolitik ist unverkennbar: Der Wechsel öffentlicher Debatten von der UNESCO weg und hin zu GATT, OECD, ITU und WIPO ist nicht nur kennzeichnend, er markiert auch schlaglichtartig den Wechsel von Kultur zu Ökonomie und Technologie. 1962 prägte der Ökonom Fritz Machlup in bezug auf die moderne Computer-, Telekommunikations- und Dienstleistungsgesellschaft den Begriff der „Wissensindustrie“. Dieser umfasst den Bereich einer Ökonomie, in dem nach kapitalistischem Profitprinzip solches Wissen generiert, verarbeitet und verkauft wird, das sich urheberrechtlich schützen lässt. Ökonomisch gesehen, geht es dem Urheberrecht freilich weniger um den Schutz von geistigem Eigentum eines individuellen Schöpfers, sondern um die von Kapitalseite bewusst vorgenommene Ausschaltung des Marktes als Regulator, in dem es eine rechtliche Sanktionierung für Monopolbildung und Exklusivität herstellt.

So ist es denn auch aus ökonomischer Sicht mehr als folgerichtig, wenn internationale Verlegerverbände seit kurzem darauf pochen, dass nun auch ein Verleger Urheberrechtsschutz genießt, nicht mehr wie bisher nur der individuelle Autor. Würde Wissen als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ begriffen (auch dies eine Position im Völkerrecht, wenn auch nicht die

herrschende), dann wäre Information nicht zu ökonomisieren. Wie sehr der internationale „Wissensmarkt“ durch sehr eindeutige Hegemonialstrukturen geprägt ist, mögen die folgenden politisch-technologischen Bereiche zeigen.

● Die Stärke der USA auf dem Gebiet der „*Wissensindustrie*“ dokumentiert sich gerade dort, wo sie wirtschaftlichen Schaden durch Urheberrechtsverletzungen einklagen: nämlich Mitte der 80er Jahre Schäden von rund 1,3 Mrd. US-Dollar durch nur 10 Entwicklungsländer. Und genau deswegen traten die USA 1988 – nach 102 Jahren der Abstinenz – der Berner Konvention für künstlerische und literarische Urheberrechte bei. Mit massivem aussenpolitischen Druck hatten es die USA verstanden, das Layout an Halbleiterkreisen durch diese zum Schutz von Kunst und Literatur gedachte Konvention schützen zu lassen. Kennzeichnend in diesem Zusammenhang ist auch die internationale Statistik für Einnahmen und Ausgaben bei Patenten, Erfindungen, Verfahren und Urheberrechten. Bei in diesem Bereich wachsenden Aussenhandelsverlusten Japans stieg der Aussenhandelsüberschuss der USA von 1989 bis 1990 von rund 12 auf rund 14,4 Mrd. US-Dollar an. Konnten bis 1989 stets nur die USA und Grossbritannien in dieser Statistik einen Aussenhandelsüberschuss vorweisen, so büsste 1990 Grossbritannien diese Position zum ersten Mal in seiner Geschichte ein. Es sind jetzt nur noch die USA, die bei Patenten, Erfindungen, Verfahren und Urheberrechten mehr verdienen, als sie ausgeben.

● Die in der EU und in den USA grassierende und durch die veröffentlichte Meinung auch gepflegte Angst vor der japanischen Computerindustrie relativiert sich erheblich, sieht man sich die Ergebnisse einer 1991 vom Council of Competitiveness in Washington vorgelegten Untersuchung über die internationale Wettbewerbsposition der USA an. Schwach ist die Position der USA gegenüber Japan und der EU dort, wo es um elektronische Hardware geht (Speicherchips, Multichip-Module, Leiterplattentechnik, Datensichtgeräte, optische Speicher). Stark ist die Position der USA dort, wo es um Informationstechnologien geht (Software, neuronale Netze, Betriebssysteme, Prozessarchitektur, Computeranimation und Video, Datenbanksysteme, Endgeräte für Mobilfunk). Das Schwäche-Stärke-Verhältnis der internationalen Wettbewerbsposition der USA in der elektronischen Datenverarbeitung entspricht der ökonomisch abnehmenden Bedeutung der Hardware. Je weiter die Computerisierung fortschreitet, desto unwichtiger wird Technik und desto wichtiger wird das Denken darüber, wie man sie anwendet. (Für die BRD wird im übrigen 1994 der Anteil von Hardware am Markt der elektronischen Datenverarbeitung bei 39 Prozent, der für Wartung, Software und Beratung jedoch schon bei 61 Prozent liegen.) Die *Software-Industrie boomt* mit zweistelligen Wachstumsraten!

● Auch der Sprung von den neuen Informationstechnologien hin zum nur scheinbar alten Medium Fernsehen zeigt eindeutige Dominanzen auf seiten der USA. Ging es vor vielen Jahren in der Tat auch nur um die alte Flimmerkiste, so geht es heute um internationale High-Tech-Konkurrenz (Computeranimation, hochauflösendes Fernsehen, interaktives Fernsehen in

Kooperation mit Telefongesellschaften). Wegen der Kommerzialisierung von Fernsehen und der deswegen sprunghaft und weltweit steigenden Zahl von Fernsehstationen heisst Fernsehen heute vor allem auch ein heiss umkämpfter internationaler Fernsehprogramm-Markt. Experten sprechen in diesem Zusammenhang von der sog. Programmlücke. Gab es in Westeuropa 1985 noch 160'000 Sendestunden, so liegt der gesamteuropäische Bedarf für das Jahr 2000 bei geschätzten 700'000 Stunden. Vor dem Hintergrund solchen Anwachsens des Bedarfes lag der Anteil amerikanischer Spielfilme im deutschen Fernsehen 1957 bei nur 3,5 Prozent, 1985 lag er bei 45 Prozent. Die Kinorechte-Erlöse der grossen Filmstudios in Hollywood aus den Hauptabnahmeländern erhöhten sich von 1984 bis 1990 sogar um 150 Prozent. Oder: Bei einem Vergleich einheimischer mit amerikanischen Kinofilmen stieg der Anteil amerikanischer Spielfilme zwischen 1989 und 1992 in der BRD von 66 auf 83 Prozent, in Frankreich von 56 auf 58 Prozent, in Spanien von 73 auf 77 Prozent, in Griechenland von 86 auf 92 Prozent.

Kein Wunder, dass die audiovisuelle Industrie der USA ihre Exporterlöse in den letzten Jahren enorm steigern konnte bis zum bisherigen Höchstvolumen von 5 Mrd. US-Dollar im Jahre 1990; dass Importe in die USA drastisch abnahmen und dass der Handelsbilanzüberschuss der amerikanischen audiovisuellen Industrie nur von der Luft- und Raumfahrt-Industrie übertroffen wurde. Die weltweite amerikanische Dominanz in der audiovisuellen Industrie gründet a) im Grössenvorteil des eigenen Binnenmarktes; b) in der regionalen Konzentration aller an dieser Industrie beteiligten Kräfte und Akteure im Raum von Los Angeles; c) in der in den USA historisch-strukturell gewachsenen Symbiose von Filmindustrie und Banken mit dem Resultat, dass das für die Filmproduktion notwendige Risikokapital vorhanden ist; d) in massiven Verkaufsförderungsstrategien mittels Werbung und schliesslich e) in dem, was Fernsehökonom (!) den „Cultural Discount“, also den „Kulturrabatt“ nennen. Als „Kulturrabatt“ gilt dann so etwas wie „Zuschauerpräferenzen“, „bekannte Stars“, „kulturelle Affinität zum Handlungsort“ u.ä. Dass ein solcher „Kulturrabatt“ freilich nicht vom ahistorischen Himmel fällt, sondern seinerseits das Produkt von Gewöhnung, Sozialisation und Konditionierung ist, wird dabei leicht vergessen.

Die drei hier skizzierten Problemfelder – „Wissensindustrie“, Softwareboom und Programmlücke beim Fernsehprogramm-Markt – haben ein wichtiges gemeinsames Merkmal. Es geht bei allen Beispielen um eine Ökonomisierung von Ideen – der Kommunikationswissenschaftler würde von Inhalten, der Ökonom von Humankapital, ein Kunsttheoretiker würde von Kreativität sprechen. Historisch und strukturell eingebunden in Aus- und Weiterbildungssysteme, fein ausdifferenzierte Arbeitsteilungen und differenzierte Organisationsstrukturen, in ein mörderisches Konkurrenzkarussell und in exzellent funktionierende technologische Infrastrukturen – die Dominanz der USA auf dem Weltmarkt der Ideen kann nicht überraschen. Sie ist Ergebnis von alleiniger und umfassender Grossmacht – trotz einiger statistischer Nachweise für einen Hegemonieverlust der USA.

Auch in einem Vergleich zwischen den USA und der BRD kann die Vorrangigkeit von Ideen vor technologischen Infrastrukturen noch einmal verdeutlicht werden. Anfang 1994 kündigte die US-Regierung ihr Projekt eines „Information Highway“ als grosse nationale Aufgabe an. Die für diese „Datenautobahn“ zur kombinierten Nutzung von Telekommunikation, Fernsehen und Computertechnik benötigten koaxialen Breitbandnetze stehen in den USA bislang in nur wenigen tausend Kilometern und nur in Pilotprojekten zur Verfügung. Experten sprechen hier von der Qualität eines „Feldweges“. Demgegenüber gibt es in der BRD gegenwärtig schon so etwas wie eine „Datenautobahn“ mit einem koaxialen Breitband-Fernsehnetz von 350'000 km und einem koaxialen Telefonfernnetz von 346'000 km Länge. Allerdings gibt es in den USA bereits ein Überangebot, einen Stau im Software-Bereich, während die „Datenautobahn“ in der BRD kaum befahren wird. Es gehört überhaupt nicht viel Phantasie zu der Prognose, dass die meisten Fahrzeuge auf der deutschen „Datenautobahn“ schon bald nur noch amerikanischen Ursprungs sein werden.

Thesen zum „Entwicklungspotential“ und „Dezentralisierungspotential“ der neuen Kommunikationstechnologien

1. Wann immer es in der Geschichte der technologisch bestimmten Industrialisierung um Innovationen ging (Telegrafie, Eisenbahnen, Nähmaschinen, Telefonie, Radio, Fernsehen, Computer), da haben deren Protagonisten von rechts wie von links darauf gesetzt, dass nun ein sozialer Wohlstand für die Peripherie (Arbeiter, Landbevölkerung, Entwicklungsländer) einsetze. Warum ist dieser Wohlstand nur sehr ungleich, zeitlich versetzt und ungerecht verteilt worden? Weil es eben ein analytisches Unding ist, eine intellektuelle Denkfaulheit, darauf zu bauen, Wohlstand als Folge von Technologieschüben zu verstehen, ohne nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu fragen.

2. Wo immer in einer Gesellschaft oder in der internationalen Staatenwelt neue Ideen und Informationen fließen, da folgt unter den gegebenen marktwirtschaftlichen Bedingungen ihre *Verteilung* ungleich und ungerecht. So kommt es zu der berühmten Aufteilung in „information rich“ und „information poor“ – innergesellschaftlich und global. Die idealistische Hoffnung, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis aus den „information poor“ auch „information rich“ geworden wären, kann endgültig begraben werden. Weder hat es in vielen Entwicklungsländern in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte bei „alten“ Informations- und Kommunikationstechnologien gegeben (Presse, Verlagswesen, Briefverteilung), noch tauchen sie bei den „neuen“ Varianten (Telekommunikation, elektronische Datenverarbeitung) in internationalen Verteilungsstatistiken anders als unter der diskriminierenden Restkategorie „Andere“ auf. Schlimmer noch: Unter den deformierten kapitalistischen Bedingungen ihrer eigenen Ökonomien und der zwangsweisen Abkoppelung von Weltmarkt verschlechtert sich die Situation der „alten“ Technologien, und die „neuen“ halten nicht einmal Einzug in

viele Entwicklungsländer. Während in Peru die Nationalbibliothek schliessen musste und die Briefverteilung in diesem Land inzwischen völlig kollabierte, während schwarzafrikanische Verlage nach kurzer Blüte in den 60er und 70er Jahren inzwischen bankrott sind und während schwarzafrikanische Zeitungen immer dünner werden, sind in den meisten Entwicklungsländern e-mail, digitale Kompression, Hochzeilenfernsehen, Online-Datenbanken oder CD-ROM gleichzeitig Fremdwörter und leere Worthülsen geblieben.

3. Seiner Struktur nach ist ein Fernsprechnet ein Vermittlungsnetz: Auf der Teilnehmerseite hat es eine Sternstruktur, so dass jeder Teilnehmer seine individuelle Anschlussleitung hat, die ihn mit der Vermittlungsstelle des Netzbetreibers verbindet. Solche Netze mit Sternstruktur haben früher (Telegrafie, Telefonie) wie heute (Telefax, e-mail, Online-Datenbanken) viele argumentieren lassen, dass die soziale, ökonomische und zeitliche Souveränität des Endteilnehmers erhöht werde. Empirisch weiss man jedoch aus den Erfahrungen mit der Modernisierung des Telefonwesens in der Dritten Welt, dass völlig andere wirtschaftliche Prozesse in Gang gesetzt wurden: Von telekommunikativer Entwicklung profitiert im wesentlichen der Handels- und Dienstleistungssektor, weniger die produktive Industrie, am wenigsten die Landwirtschaft; die Förderung von Regionalentwicklung und der Ausgleich ungleich entwickelter Infrastrukturen gelingt meistens nicht; gemessen am Kapitaleinsatz für telekommunikative Infrastrukturen ist die Schaffung von 5 bis 10 Arbeitsplätzen pro 1'000 Telefonanschlüsse als vergleichsweise äusserst gering einzustufen; einkommensspezifische Statistiken weisen überdies nach, dass 80 Prozent der Telefonnachfrage aus den oberen Sozialschichten kommt und dass ein Trickle-Down-Effekt zu armen Menschen nicht stattfindet. Was berechtigt gegenwärtig jemanden, aus dem Einsatz von Telefax, e-mail, PCs, Mobilfunk oder Online-Datenbankanschlüssen in der Dritten Welt qualitativ andere Schlussfolgerungen zu ziehen, als sie für die nun einhundertjährige Geschichte der Telekommunikation gültig sind?

4. Auch ungeachtet aller historischen Erfahrung: Wie soll sich der unterstellte Aufschwung der Entwicklungsländer über die Medien der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vollziehen, wenn in Indien 1 Computer auf 1'000 Einwohner kommt (zum Vergleich: 265 in den USA, 175 in Australien, 104 in der BRD), wenn in Indien nur 0,1 WissenschaftlerInnen und IngenieurInnen auf 1'000 Einwohner kommen (zum Vergleich: 4,7 in Japan, 3,8 in den USA, 1,8 in der EU)? Und was, wenn ausserdem ein Grossteil der indischen WissenschaftlerInnen und IngenieurInnen arbeitslos ist, wenn sich dort bei einer Stellenausschreibung der Stadtverwaltung Bombay auf 70 Rattenfängerpositionen 19'000 arbeitslose Vollakademiker für einen Tageslohn von 1 DM melden?

5. Wo immer es um das enorme Dezentralisierungspotential der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien geht, da verwechseln ihre Protagonisten die beiden Grössen „gerechtere Verteilung von politischer Macht“ mit „Marktdichte und -tiefe“. Ironisch formuliert: Die immer dezent-

tralisiertere Verteilung von Persil, Coca Cola oder Aspirin hatte noch nie etwas mit politischer Machtübergabe von oben nach unten, sondern stets nur mit der Eroberung bislang nicht erschlossener Märkte zu tun. Nicht der individuelle Teleheimarbeiter erhöht seine Souveränität, vielmehr hält über den Einsatz von Teleheimarbeit die kapitalistische Verwertungslogik ihren Einzug in die privaten vier Wände. Und genau darum geht es gegenwärtig. Auf generell völlig übersättigten Märkten gilt es bisherige Nischen zu kapitalisieren, seien es die Entwicklungsländer, extraterrestrische Räume (mit chemischen Versuchen unter den Bedingungen von Schwerelosigkeit im Weltall), feminine Märkte und Arbeitskräfte, kommunale und regionale Märkte, das Innere des Körpers (Mikrochirurgie) oder die Reproduktionsfähigkeit des Menschen (Gentechnologie).

6. Gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie verkürzen sich die industriellen Innovationszyklen derartig schnell und dynamisch, dass niemand mehr sagen kann, was noch „neu“ und was schon „alt“ ist. Wo immer in der Dritten Welt die isolierte und insuläre Modernisierung auf diesem Gebiet erfolgreich war (Filmproduktion in Bombay, Glasfaserproduktion in Sao Paulo, Chip-Produktion in Korea, Software-Industrie in Bangalore), da verlor sie im gleichen Augenblick ihre globale Relevanz durch qualitativ bessere und neue Technologien in den kapitalistischen Zentren.

7. Auch im Bereich der Massenmedien und der Informations- und Kommunikationstechnologien setzte in den letzten Jahren eine Diskussion um die Differenzierung innerhalb der Dritten Welt ein. Unter Hinweis auf die erfolgreiche Exportstrategie der brasilianischen und mexikanischen Fernsehkonzerne „Globo“ und „Televisa“ auf europäische Märkte oder den Erfolg des Fernsehsatelliten Star-TV des Hongkonger Milliardärs Li Ka-shing (+ Rupert Murdoch) in benachbarte asiatische Länder wurde die Verabschiedung vom Begriff der Dritten Welt gefordert, da die Entwicklungsunterschiede zwischen Bolivien und Thailand grösser seien als die Gemeinsamkeiten. Aus ökonomischer Perspektive ist diese Schlussfolgerung auch im Bereich der Massenmedien und Informations- und Kommunikationstechnologien nicht stichhaltig. Was alle Länder der Dritten Welt auch hier zusammenbindet, sind ihre nach innen wie nach aussen deformierten kapitalistischen Märkte. Nach innen sind sie nicht geschlossen, nach aussen sind sie metropolitan abhängig und exportorientiert. Was freilich alle Länder der Dritten Welt immer mehr voneinander trennt, sind die stärker zu Tage tretenden kulturellen Ausgangspunkte und Strukturen.

Einige Schlussfolgerungen

Die von der UN-Vollversammlung 1987 proklamierte Weltdekade für kulturelle Entwicklung (1988 – 1997) fällt in eine Epoche der rasant zunehmenden Kommerzialisierung, Privatisierung und Deregulierung sämtlicher Information, Kommunikation und Kultur weltweit. Die Transformation Osteuropas hat unter anderem dazu geführt, dass öffentliche Kommunikationsor-

ganisation jenseits der Alternative Privatwirtschaft/Staat tabuisiert wird. Im Kontext des UN-Systems zeigt sich die Privatisierung von Kommunikation gerade dort, wo, wie in der UNESCO-Erklärung von Windhoek zur Unabhängigkeit einer pluralistischen Presse von 1991, nur noch von „freier Presse“ und einem „freien Fluss von Ideen und Worten“ die Rede ist, und wo nicht mehr verstanden werden will, dass Pressefreiheit stets eine dienende Freiheit ist, dass Pressefreiheit mehr sein muss als normale Marktwirtschaft. Der Paradigmenwechsel von der „umfassenderen und ausgewogeneren Verbreitung von Informationen“ der Massenmediendeklaration der UNESCO von 1978 hin zur „freien Presse“ in der Windhoek-Erklärung von 1991 verdeutlicht sich auch darin, dass im International Program for the Development of Communication (IPDC) der UNESCO seit 1992 auch privatwirtschaftliche Medienkonzerne antragsberechtigt sind – eine Praxis, die für die sogar stimmberechtigten Fernmeldekonzerne im Comité Consultatif International de Télégraphie et Téléphonie (CCITT) der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) seit langem gültig ist.

Wo es unter dem Imperativ von Ökonomie und Technologie eine stets anwachsende Globalisierung privatwirtschaftlich gestalteter Märkte für Information, Kommunikation und Kultur gibt, da sind die Einebnung kultureller Unterschiede und ihre homogene Ausrichtung auf europäische und nordamerikanische Kulturmuster systembedingt. Der seit langem dominante Trend zu einer weltweiten kulturellen Homogenisierung ist sowohl Bedingung als auch Folge der Imperative von Ökonomie und Technologie. Unterhalb dieses dominanten Trends und oft auch jenseits dessen, was ein Aussenstehender wahrnehmen kann, wächst aber kulturelles Bewusstsein an. Die steigende Zahl und Intensität ethnischer, rassischer und nationaler Konflikte im zerfallenden Osteuropa, die Unabhängigkeitsbewegungen in Schottland, Tirol und Quebec, die zunehmende Islamisierung von Öffentlichkeit in afrikanischen und asiatischen Ländern oder das Anwachsen der afro-brasilianischen auf Kosten der christlichen Religionen in Brasilien: alle diese sozialen Bewegungen sind Zeichen einer in der letzten Dekade stark angestiegenen Kulturalisierung von Ökonomie und Politik. Diese Kulturalisierung äussert sich stets und schnell in einer verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber den Medien. Sie ist sowohl Ausdruck der Abwehr von kultureller Homogenisierung von aussen, der Belebung endogener Kräfte als auch Fluchtreaktion des gerade in der Dritten Welt verarmenden Mittelstandes.

Angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung, Privatisierung und Deregulierung sämtlicher Information und Kommunikation weltweit sind im Interesse einer Aufrechterhaltung kultureller Pluralität und eines Demokratisierungsprozesses für möglichst viele Menschen folgende *Schritte* unerlässlich:

1. Es gibt ein universales Recht jedes Kindes auf schulische Erziehung in seiner Muttersprache. Dieses unverwirklichte Recht sollte, zumindest für den Grundschulbereich, allerhöchste entwicklungs- und bildungspolitische Priorität erhalten.

2. Das Sterben jeder Sprache steht für das Sterben von Kulturen und Menschen. Es markiert unersetzlichen Verlust für die Menschheit. Sind diese Prozesse schon nicht zu stoppen, dann sind solche Sprachen und Kulturen wenigstens vorrangig in Form von umfassenden Studien zu dokumentieren.
3. Angesichts von sowohl Markt- als auch Staatsversagen in der sozialen Organisation von Information und Kommunikation sind alle gesellschaftlichen Kräfte zu unterstützen, die an Organisationsmodellen jenseits dieser Alternative arbeiten. Öffentlichkeit ist hierbei als zentraler Bestandteil demokratischen Lebens zu aktivieren.
4. In einem solchen Prozess müssen gerade die Kräfte angesprochen werden, die sich in Non-Governmental Organisations (NGOs) zusammengeschlossen haben (z.B. Amnesty International, Greenpeace, Robin Wood, Pen-Club, Kirchen, Gewerkschaften, Aktion Scheherazade usw.).
5. Ist gegenwärtig schon in keiner Form an ein Zurückweichen neo-liberaler Kräfte auf dem Informations- und Kommunikationsmarkt zu denken, dann sind zumindest die Themenbereiche von Medienpolitik in der Öffentlichkeit dringlichst zu behandeln, die – für jederman ersichtlich – soziale Kosten verursachen: mangelnde verlegerische und journalistische Ethik, fehlender Datenschutz, Zunahme medialer Pornographie und Gewalt bei abnehmendem Jugendschutz, Zunahme von Manipulationen durch Werbung.
6. Sowohl der von den Herstellern einiger Produkte neuer Informations- und Kommunikationstechnologien forcierte Markteintritt als auch die für andere Produkte bewusst hinausgezögerte Vermarktung zeigen deutlich, dass es keinerlei technischen Determinismus gibt. Statt dessen gibt es eine Vielfalt möglicher Techniklinien und -entwicklungen. Gerade schwache und kleine Akteure sind dazu aufgerufen, sich technische Optionen bewusst zu machen, sie selektiv auszuwählen und sie ihren jeweils spezifischen Bedürfnissen anzupassen.

Ausgewählte Literatur

- Altbach, Philipe, 1987: *The Knowledge Context. Comparative Perspectives on the Distribution of Knowledge*. Albany. State University of New York.
- Becker, Jörg/Steinweg, Reiner (Hg.), 1984: *Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung*. Frankfurt.
- Becker, Jörg, 1993: *Kommunikation*. In: Hauchler, Ingomar (Hg.): *Globale Trends 93/94*, Frankfurt.
- Becker, Jörg, 1993: *Die Lateinamerikanisierung der osteuropäischen Öffentlichkeit nach 1989*. In: *Das Argument*, 201 – *Metamorphosen der Öffentlichkeit*, Hamburg.
- Becker, Jörg, (Hg.) 1994: *Fern-Sprechen. Internationale Fernmeldegeschichte, -soziologie und -politik*. Berlin.
- Galtung, Johan und Vincent, Richard C., 1992: *Global Glasnost. Toward a New World Information and Communication Order?* Cresskill.
- Hamelink, Cees J., 1994: *Trends in World Communication. On Disempowerment and Self-Empowerment*. Penang (Malaysia).
- Hamelink, Cees, 1994: *The Politics of World Communication*, London.

- Hammann, Jutta, 1994: Nachrichten für das Globale Dorf. Entwicklung, Organisation und Arbeitsweise von CNN. Berlin.
- Larsen, Peter, 1992: La circulation internationale des programmes de fiction: importations et exportations. Paris, UNESCO.
- Martin-Barbero, Jesus, 1993: Communication, Culture and Hegemony. From the Media to Mediations. London.
- Mattelart, Armand, 1994: Advertising International. The Privatisation of Public Space. London.
- Mowlana, Hamid/ Gerbner, George und Schiller, Herbert I. (Hg.), 1992: Triumph of the Image. The Media's War in the Persian Gulf – A Global Perspective. Boulder.
- Nordenstreng, Kaarle/ Traber, Michael (Hg.), 1992: Few Voices, Many Worlds. Towards a Media Reform Movement. London: World Association for Christian Communication.
- Porter, Vincent, 1991: Beyond the Berne Convention. Copyright, Broadcasting and the Single European Market. London.
- Preston, William/ Herman, Edward S./ Schiller, Herbert I. (Hg.), 1983: Hope & Folly. The United States and UNESCO 1945-1985. Minneapolis University of Minneapolis Press.
- Raghavan, Chakravarthi, 1990: Recolonization. GATT, the Uruguay Round & the Third World. London.
- Salamanca Orrego/ Daniel, Federico, 1992: Medienpolitik für die Dritte Welt. Inter Press Service (IPS). Geschichte und Struktur einer Dritte-Welt-Nachrichtenagentur. Frankfurt.
- Smith, Anthony, 1991: The Age of Behemoths: the globalisation of mass media. New York: Twentieth Century Fund/Priority Press.
- Todd, Daniel, 1990: The World Electronics Industry. London.
- UNESCO, 1989: World Communication Report. Paris.
- Wallis, Roger/ Baran, Stanley, 1990: The Known World of Broadcast News. International News and the Electronic Media. London.

CX44 **la radio de la gente**

Zwei Tage nach dem brutalen Polizeieinsatz vom 24. August '94 in Montevideo gegen eine Grossdemonstration, die die Auslieferung von drei angeblichen ETA-Militanten an Spanien zu verhindern versuchte, hat die Regierung in Uruguay das linke Radio Panamericana CX 44, das während den Ereignissen rund um die Uhr berichtet hatte mit einem Sende-
verbot belegt, das in eine definitive Schliessung verwandelt wurde. Sie stützte sich auf Gesetze aus der Zeit der Militärdiktatur (1973 - 85).

"La radio de la gente" - das Radio der Leute darf nicht verstummen!
Internationale Proteste laufen, das Radio ist aber auch auf finanzielle
Hilfe angewiesen:

Projektgruppe Uruguay, 3000 Bern, PC 30-141859-2 (Verm. CX 44)